

ALBA - Müllaufbereitung 2
Was kommt auf Reinickendorf zu?

Petra Pau in Reinickendorf 3
Ortstermine bei Borsig und am Poloplatz

Es reicht! 1. November in Berlin

Bundesweit: Demonstration gegen Sozialkahl Schlag

Der Widerstand gegen Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben regt sich in allen Ecken der Republik. Demos, Konvois, Telefon- und Postkartenaktionen sollen den letzten Aufrechten im Bundestag den Rücken stärken, die am 17. Oktober gegen „Hartz III“ und „Hartz IV“ abgestimmt haben.

Ein breites gesellschaftliches Bündnis ruft zu zu einer bundesweiten Demonstration am 1. November in Berlin auf. Beginn ist um 13.00 Uhr am Alexanderplatz, Ecke Mollstraße. In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme hat in Deutschland viele Namen: Agenda 2010, Hartz, Rürup und Gesundheitsreform. Damit betreibt die Schröder/Fischer-Regierung die größten Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse und Rechte seit dem 2. Weltkrieg.“

Der Parteivorstand der PDS unterstützt den Aufruf. „Wir haben uns dem Bündnis gegen Sozialkahl Schlag angeschlossen.“ Er fordert die Mitglieder und Freunde der PDS zur Teilnahme an der bundesweiten Demonstration in Berlin auf.

Am **20. Oktober** wird ein bundesweiter Aktionstag in mehreren deutschen Betrieben und Städten stattfinden, u. a. auch in Berlin.

Auf Vorschlag von PDS-Politikerinnen und -Politikern findet am **30. Oktober** von 15.00 bis 20.00 Uhr in der Französischen Friedrichstadtkirche ein **Sozialkonvent** statt.

Dem folgt am **31. Oktober** ein symbolischer **Thesenanschlag**, der die alternativen Vorschläge zu Sozialreformen vorstellt.



Es gibt immer eine Alternative mehr

Offener Brief an Detlef Dzembitzki (SPD Reinickendorf, MdB)

Sehr geehrter Herr Dzembitzki, als Reinickendorfer Bürger wende ich mich dringend an Sie als direkt gewählten Vertreter unseres Bezirks im Deutschen Bundestag. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat kürzlich betont: „Die SPD und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen“ und dass „alle einen Beitrag“ zur Überwindung der sog. Finanzierungskrise leisten sollen. Ich meine, da hat er Recht.

Aus diesem Grund fordere ich sie auf, Ihre Stimme am 17. Oktober 2003 gegen die Gesetzesentwürfe „Hartz III“ und „Hartz IV“ abzugeben.

Es ist nicht sozial gerecht, wenn nur Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Erwerbslosen in die Tasche gegriffen werden soll. Durch die angestrebten Einschnitte in das Sozialsystem werden keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen. Dies ist eine Legende, die auch durch ständiges Wiederholen nicht wahrer wird. Wenn alle einen Beitrag leisten sollen - warum will die SPD ausgerechnet bei den Schwachen in dieser Gesellschaft beginnen?

Nehmen Sie Ihren Parteivorsitzenden ernst und bei seinen Worten. Setzen Sie sich ein für eine sozial gerechte Politik – und darum: Keine Stimme aus Reinickendorf für weiteren Sozialabbau im Bundestag! Ihre Stimme aus unserem Bezirk gegen „Hartz III“ und „Hartz IV“!

Mit freundlichem Gruß
Jürgen Schimrock

www.demo-
gegen-
sozialabbau.de

Nie sollst du mich befragen...

Baubeginn bei ALBA und eine seltsame Polemik zuvor

Am zweiten Wochenende dieses Monats wurde an der Markscheider Straße (Straße 3) der Grundstein gelegt für eine Müll-Aufbereitungsanlage der ALBA AG. Selbstverständlich gab es einen großen Bahnhof (siehe Tagespresse) und artige Reden, in denen Senat, Bezirksamt und Investor sich gegenseitig gutes Zusammenwirken bescheinigten.

Nicht ganz so artig klangen die Reden, als kurz zuvor in der Bezirksverordnetenversammlung die SPD-Fraktion mit einer Großen Anfrage einige zusammenfassende Auskünfte zu Umwelt- und Straßenbelastung der Anlage erbat. Es sei jetzt wohl ein bisschen spät für Bedenken, grantelte Baustadtrat Wegner (CDU); die SPD-Verordneten hätten besser ihren eigenen Senator Strieder befragen sollen, dessen Verwaltung sei doch Träger des Genehmigungsverfahrens. Etwas viel Polemik.

WIR stellte ein paar zusätzliche Fragen an Delia Hinz, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Ist etwas dagegen einzuwenden, wenn die Bezirksverordneten nach Abschluss des Genehmigungsverfahrens noch einmal Fragen stellen?

Absolut nichts, es ist immer auch Information für die Bürger. Und der Ansprechpartner der BVV ist nun einmal das Bezirksamt. Außerdem wird die BVV Bau und Betrieb der Anlage unter dem Gesichtspunkt zu begleiten haben, wie Interessen der Anwohner berührt werden.

Ist es rechtens, dass der Senat das Genehmigungsverfahren in seine Hand nahm?

Das ist durch das Bundes-Immis-

sionsschutz-Gesetz so geregelt, wobei Stellungnahmen des Bezirks ordentlich eingeholt wurden. Übrigens ist das eine überwachungspflichtige Anlage, die Überwachung obliegt dem Senat. Und ALBA setzt eine erprobte Technologie ein.

Ein Verordneter von den Grünen wunderte sich, dass die Anlage jetzt viermal größer sei als das, was vor etwa einem Jahr den Bezirksverordneten vorgestellt worden wäre.

Ich begleite das Projekt schon länger, es handelte sich da immer um eine Kapazität von 160 000 t. Übrigens halte ich viel davon, sich die Sache an Ort und Stelle anzuschauen. Ich war schon ein einige Male bei der Projektleitung und habe gerade den nächsten Termin vereinbart. Das müsste einem Ausschuss der BVV auch möglich sein.

Beim Konzept für Zubringung und Abfuhr kann es aber tatsächlich mit einer Zeitbeschränkung - nur wochentags von 6 bis 22 Uhr - nicht getan sein?

Ein Verkehrskonzept kann noch nicht vorliegen, weil noch nicht klar ist, welcher Müll dort getrennt und vorgetrocknet wird, woher die Mengen kommen und wohin sie verbracht werden. ALBA entsorgt gegenwärtig nur Gewerbeabfälle. Der Senat wird aber demnächst rund 460 000 t Hausmüll zur Aufbereitung ausschreiben, weil 2005 nur noch vorbehandelter Müll deponiert werden darf. (Das Einsammeln von Hausmüll ist Monopol der BSR). Es ist zu erwarten, dass sich Alba an dieser Ausschreibung beteiligt. Dann wird man auch konkret über Einzugsgebiete und Transportwege verhandeln müssen. **H.Schuster**

BVV- Splitter

20. Sitzung, 17.9.2003

Die BVV erörterte **Große Anfragen** der SPD über die Auswirkungen des Baus der Müllverbrennungsanlage der Firma Alba auf den Bezirk (s. nebenstehendes Interview), der FDP über die Schulreinigung und der PDS über die Umsetzung des Tarifvertrages in den Reinickendorfer Kitas.

In Erledigung der Empfehlung der BVV vom 14.5.2003 (Anträge von PDS und SPD) berichtete das Bezirksamt in einer **Vorlage zur Kenntnisnahme**, dass sich die Senatsverwaltung und die bezirklichen Jugendstadträte einig seien, „unabhängig von der Trägerschaft die Qualität in allen Kindertagesstätten nicht nur zu erhalten, sondern auch zu erhöhen“. Die Übertragung von Kitas an freie Träger solle eine positive Wettbewerbssituation fördern.

Auf **mündliche Anfrage** von Renate Herranen informierte Stellv. Bürgermeister Senfleben (SPD), er habe am 17.7. im Rat der Bürgermeister (RdB) den vom Senat vorgelegten Ausführungsvorschriften über die Anmietung von Wohnraum durch Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht zugestimmt. Die BVV betrachtete deshalb (?) einen **Antrag** von PDS und B90 vom 12.3., im RdB eine entsprechende Initiative der Sozialsenatorin zu unterstützen, **als erledigt**. (Der SPD-Kreisvorsitzende muss sich die Frage gefallen lassen, wie er es mit Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS hält, auf die er sich sonst stets beruft?)

Sondersitzung, 1.10.2003

Die BVV verabschiedete mit den Stimmen von CDU und SPD den **Bezirkshaushalt für die Jahre 2004/2005**; B90 und Renate Herranen stimmten dagegen, die FDP enthielt sich der Stimme. Finanzstadtrat Ewers (CDU) hatte zuvor dargelegt, dass der Bezirk seine finanziellen Reserven aufgebraucht hat und nun mit den vorgesehenen Kürzungen vor allem bei den Personalmitteln das „absolute Ende der Fahnenstange“ erreiche. Reinickendorf werde Millionendefizite vor sich hertragen. Das komme einer schleichenden, faktischen Entmündigung der Bezirke gleich, was Reinickendorf nicht hinnehmen werde. Der Bezirksetat versucht, vor allem im Bereich Jugend und Schule Prioritäten zu setzen. **K.G.**



e-mail:
delia.hinz@pds.
parlament-
berlin.de

Nun ist es doch passiert

Sichere Namslaustraße?

Ende August wurde ein Schüler der 3. Klasse der Havelmüller-Grundschule in der Namslaustraße von einem PKW erfasst. Dass ihm nicht viel passiert ist, liegt lediglich an der Tatsache, dass die Autofahrerin Anwohnerin ist und drei Autos weiter sowieso parken wollte. Sie war keiner der Raser, die die Namslaustraße zur Umfahrung der viel befahrenen Bernauer Straße als Schnellstraße missbrauchen.

Der Verkehr bereitet Anwohnern

und Eltern der ansässigen Schule ebenso wie der drei Kindertagesstätten seit langem Sorge. Die PDS hatte das Thema Verkehrsberuhigung in die BVV gebracht. Ihre Anträge wurden abgelehnt. Die Finanznot lasse das nicht zu und die ermittelten Geschwindigkeitsüberschreitungen lägen unter dem Berliner Durchschnitt.

Was muss noch passieren, damit reagiert wird?!

Frederik Guth

Petra Pau in Reinickendorf

Lokaltermin - fester Punkt im Arbeitskalender

Das Fazit sei vorweggenommen: Sie kann ruhig wieder kommen zum Besuch vor Ort, im Betrieb, bei Vereinen, Organisationen, freien Trägern, aktiven Menschen.

Petra Pau (MdB) war am 22. September 2003 in Reinickendorf. Der PDS Bezirksverband hatte Termine mit dem Betriebsratsvorsitzenden bei Borsig und der Bürgerinitiative Poloplastz verabredet, abends gab es eine öffentliche Diskussionsrunde im Roten Laden.

Petra Pau geht wie die andere PDS-Bundestagsabgeordnete Gesine Loetzsch einmal monatlich in die Berliner Bezirke, eine gute Idee! Der monatliche Lokaltermin soll den beiden helfen, die Probleme, Sorgen oder auch Freuden derjenigen kennen zu lernen, die sie im Parlament vertreten.

Bei Borsig



Der neue Betriebsratsvorsitzende, Herr Schröder, erklärte uns als erstes, dass sein Vorgänger, Herr Schrader, den ich bis dato kannte, bei der letzten Wahl nicht mehr kandidiert hat. Nicht zuletzt auch deshalb, weil von Arbeitgeberseite (Gothaer Versicherung) Druck auf ihn ausgeübt wurde. Herr Schröder berichtete weiter darüber, dass die Kolleginnen und Kollegen bei der zwischenzeitlichen Insolvenz von Babcock auf 15 Prozent ihres Lohns oder Gehalts verzichten mussten.

Doch obwohl die Auftragsbücher derzeit für Jahre voraus voll seien, hätte sich für die Belegschaft bisher nichts geändert.

Er fand es sehr traurig, dass ein Traditionsunternehmen wie Borsig keinen Tarifvertrag habe. Selbst arbeitsrechtliche Mindeststandards seien nicht durch Betriebsvereinbarungen geregelt. Eine große Bereitschaft zu entsprechenden Arbeitskämpfmaßnahmen der Kolleginnen und Kollegen sehe er aber auch nicht - speziell vor dem Hintergrund der zunehmenden sozialen Grausamkeiten der „Agenda 2010“.

Es wird schwer sein, einen Tarifvertrag und zumutbare Rahmenbedingungen zu erreichen. Ich bin lange genug selbst Betriebsratsvorsitzender gewesen, um zu wissen, wie einem da zumute ist. Aber, wie Brecht sagt: „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

*Klaus Rathmann
Bezirksvorsitzender*

Friedenspolitik

„Wird Deutschland am Hindu-Kusch verteidigt?“ Im Roten Laden stand die von Verteidigungsminister Struck (SPD) aufgestellte These zur Diskussion. Petra Pau verwies einleitend auf das Rühle-Zitat von 1992, dass, wer in Zukunft zum „Bund“ käme, sich darauf einrichten müsse, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eingesetzt zu werden.

Die Brisanz dieser Aussage wird auch daran deutlich, dass es in der gesamten vorangegangenen Legislaturperiode 17 Abstimmungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr gab, im letzten Jahr aber schon 25 Debatten und acht Abstimmungen. Gefährlich sei die von Schäuble (CDU) in die Diskussion geworfene

These von angeblich legitimen Präventivkriegen. Damit solle die Normalität von Militäreinsätzen der Bundeswehr außerhalb deutscher Grenzen vorbereitet werden.

Das globale Vorherrschaftsdenken der USA-Administration werfe neue Fragen auch für die europäische Linke auf. Eine aggressive, nach außen gerichtete militärische Option sei in keinem Fall zu akzeptieren. Was würde wohl passieren, wenn Indien beispielsweise auf die Idee käme, eigene Interessen am Rhein zu verteidigen zu müssen? Das entspräche aber Strucks Ansatz.

Natürlich blieben Fragen offen: Wie werden lokale Konflikte in dieser zusammen wachsenden Welt gelöst? Muss die Linke ein Gewaltmonopol der UNO fordern? *J.S.*

Am Poloplastz

Man/frau kannte sie und freute sich – Petra Pau zum Ortstermin am Frohnauer Poloplastz. Die Bürgerinitiative war mit einem guten Dutzend Vertreter/innen erschienen. Bei strahlender Sonne war es sicherlich für die Bundestagsabgeordnete und die Reinickendorfer ein angenehmes und sehr informatives Treffen.

Filz und Kungeleien in der Berliner Bau- und Immobilienwirtschaft brachten schon einen Senat zum Wanken. Auch in Frohnau bekam der interessierte Zuhörer eine Ahnung von dem, was hinter den Kulissen auf diesem Sektor immer noch geschieht. „Wir“ hat schon mehrmals über die Auseinandersetzungen zwischen dem Pächter des Poloplastzes, dem Bezirksamt und den Anwohnern berichtet.

Im Wesentlichen geht um Denkmalschutz, Wegerecht, öffentliches Nutzungsrecht, zweifelhafte Verkehrswertgutachten von Liegenschaftensachverständigen, undurchsichtige Parteikungeleien, Vorwürfe an das bezirkliche Bauamt, behinderten-gerechte Zuwege und, und, und.



Klar wurde, hier setzen sich Anwohner dafür ein, dass öffentliches Land nicht durch juristische Tricksereien privatwirtschaftlich umgewidmet wird, dass eine denkmalgeschützte Landschaft für die Frohnauer Bürger zugänglich bleibt.

Offen bleiben viele Fragen: Was ist eigentlich der Inhalt der Klage des Bezirksamtes gegen den derzeitigen Pächter? Warum antworten Bürgermeister Woweriet und Finanzsenator Sarrazin nicht auf Anfragen der Bürgerinitiative? Warum haben eigentlich Bürger, wenn es um Immobilien geht, kein Klagerecht, sondern nur die Bezirke?

Petra Pau versprach, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten etwas Licht in die Angelegenheit zu bringen - und sie wolle wieder kommen.

Jürgen Schimrock

Bürgerinitiative
„Poloplastz für
alle!“

c/o Torsten
Baltchukat,
Barthstraße 11

13465 Berlin

030/4015773

Fotos:
Annegret
Gabelin

Aus dem Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf

Mit Bedauern, aber auch mit Verständnis

Zum Parteiaustritt von Renate Herranen

Renate Herranen, Mitbegründerin und erste Bezirksvorsitzende der PDS Reinickendorf, seit den Berliner Wahlen 2001 einzige Bezirksverordnete der PDS, ist am 22.9.2003 aus der Partei ausgetreten. Wo liegen ihre Beweggründe?

Am Tag zuvor hatte die 4. Tagung des 8. Landesparteitages der Berliner PDS mit 46 gegen 36 Stimmen bei 111 anwesenden Delegierten die vom rot-roten Senat geplante Erhöhung der Kitagebühren grundsätzlich unterstützt. Ein Antrag der bisherigen Delegierten der PDS Reinickendorf (Klaus Rathmann, Renate Herranen) an den Parteitag, die Gebührenerhöhung aufzuheben, wurde nicht abgestimmt. In ihrer Rede auf dem Parteitag hatte Renate Herranen an frühere PDS-Positionen (Beschluss der 3. Tagung des 8. Landesparteitages vom 22./23.2.2003, Erklärungen von Landes- und Fraktionschef Stefan Liebich und der jugendpolitischen Sprecherin der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus Margrit Barth) erinnert, mit der PDS werde es keine Erhöhung der Kitabeiträge geben. „Die allein mit der finanziellen Notlage der Stadt begründete Gebührenerhöhung bei gleichzeitig drohenden Leistungsverlechterungen in den Kitas ist sozialpolitisch nicht tragbar und bildungspolitisch falsch“, hieß es in der Begründung des Reinickendorfer Antrages. In einem weiteren Antrag hatte Michail Nelken, MdA darauf hingewiesen,

dass die politische Glaubwürdigkeit der PDS durch die angekündigte Erhöhung Schaden nimmt.

„Sicher geht es in der Politik um das Machbare: was Parteien in Regierungen durchsetzen, was sie erreichen können. Aber es geht für die Mitglieder einer Partei um das Tragbare: wie weit können sie die politischen Entscheidungen noch vertreten oder mit ihrem Gewissen vereinbaren. Der Wortbruch zu den Kitakosten ist für mich der Punkt, wo es unerträglich wird“, stellte Renate Herranen - seit 25 Jahren Kita-Erzieherin - in ihrer Austrittserklärung fest.

Der Bezirksvorstand hat den Austritt von Renate Herranen bedauert und erklärt, dass er ihre Beweggründe versteht und sie teilt. Renate hat gegenüber dem BV erklärt, dass sie auch als partei- und fraktionslose Bezirksverordnete zu ihrem den Wählerinnen und Wählern gegebenen Wort stehen und sich in der BVV Reinickendorf weiterhin für eine sozial gerechte Politik - vor allem auf sozialem Gebiet, im Kinder- und Jugendbereich und in der Bildung - einsetzen wird. Insbesondere will sie sich auch künftig gegen die verheerenden Auswirkungen der „Agenda 2010“ auf den Bezirk engagieren. Auf dieser Basis wird der BV ihr die ihm mögliche Unterstützung geben.

„Ich werde Ihnen als links und kritisch, eben als 'rote Socke' erhalten bleiben“, erklärte Renate am 1.10. in der BVV. **B.V.**

Am Rande Vorsicht - innere Übernahme

Die Junge Union und die Schüler Union Reinickendorf werben um neue Mitglieder. Die originellste Idee dabei sind 2500 Postkarten mit dem Bildnis Ché Guevaras und dem Kampfruf VIVA LA REVOLUCION. Das hat seine Logik, sagen die Jung-Unioner. Ché war ein Mann, der verkrustete Strukturen sprengte. Solche Menschen braucht das Land, nicht solche wie die bei der SPD, die Sozial- und Arbeitsrechte nur weg reformieren wollen; gerade diese verkrusteten Strukturen nämlich müssen weg revolutioniert werden.

Vorsicht sei immerhin angeraten. Nicht nur deshalb, weil Ché Guevara keineswegs eine Revolution an sich erstrebte, sondern eine Revolution für die Entrechteten und Bedrückten. Vielmehr deshalb weil er ein extrem uneigennütziger Mensch war. Das ist unvergessen und vielleicht nicht ganz im Sinne der heutigen Strukturzertrümmerer.

Aber hoffen wir einfach, dass die Werbeaktion Erfolg hat. Hoffen wir, dass sich 500 oder gar 1000 Ché-Guevara-Fans für die Junge Union finden. Die PDS Reinickendorf freut sich auf die gute Zusammenarbeit mit der Jungen Union Reinickendorf, die dann entsteht. Denn wo dann die ersten verkrusteten Strukturen fallen werden, ist wohl klar.

Übrigens: der Ché war Arzt, sein Revolutionsethos war wesentlich vom ärztlichen Helferethos geprägt - aber war es nicht der oberste Chef der Jungen Union, der unlängst den kühnen Ausspruch tat, es müsste verboten werden, einem alten Menschen noch ein neues Hüftgelenk zu implantieren? **Jochen Eser**

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de

internet:
www.pds-reinickendorf.de

Termine

Gesprächsrunde mit Reinickendorfer Schülern über ihre **Erlebnisse auf Kuba am Montag, dem 27. Oktober, um 18.00 Uhr** im „Roten Laden“. Mit dabei: Bärbel Seidel und Bert Zatloukal, deren Fotos über Kuba im „Roten Laden“ ausgestellt sind.

Öffentliche Mitgliederversammlung der PDS Reinickendorf am **Samstag, dem 22. November, um 14.00 Uhr** im „Roten Laden“. Thema: **„Die PDS nach Chemnitz“** mit Dagmar Enkelmann, stellv. Parteivorsitzende (angefragt).